

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1082

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1082



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



19. Lilienberg Gedanken

Wir leben in «interessanten Zeiten»

**Im Westen scheint alles aus dem Ruder zu laufen.
Wir stehen mitten in einer ziemlich turbulenten Zeit:
Wie ist sie einzuordnen? Wie gehen wir mit ihr um?**



Donald Trump, Frauke Petry, Marine Le Pen sind Beispiele für Politikerinnen und Politiker, die populistische Ziele verfolgen. Populisten sind vielerorts auf dem Vormarsch.

«Mögest Du in interessanten Zeiten leben»

Angeblich verwendeten die Menschen im alten China diesen Spruch, um jemandem Schlechtes zu wünschen. Tatsächlich kann man «interessante Zeiten» als euphemistische Umschreibung von grossen Schwierigkeiten und Unsicherheiten auffassen. In «interessanten Zeiten» zu leben, kann wirklich spannend sein, allerdings nur so lange, als man diese von sicherer Warte aus beobachten und beurteilen kann. Doch jetzt sind wir es, die mitten in einer Zeit von Unsicherheiten und Veränderungen stecken: Das westliche Gesellschaftsmodell befindet sich in einer tiefen Krise und könnte über kurz oder lang scheitern

oder gar zusammenbrechen. Mit unserer Publikation wollen wir näher auf diese Entwicklung eingehen und versuchen, diese zu verstehen und einzuordnen. Wir wollen aber auch aufzeigen, wo die echten Herausforderungen liegen und was dagegen unternommen werden kann – als Gesellschaft im Allgemeinen und als Lilienberg Unternehmerforum im Konkreten.

Populisten auf dem Vormarsch

Die Ereignisse der vergangenen Monate in Europa und in den USA vermitteln ein verwirrendes und besorgniserregendes Bild von der Entwicklung in Politik, Staat und Gesellschaft. Zunächst sind es die

grossen Wahlerfolge von Politikern und Parteien, die populistische Ziele verfolgen und mit autoritären und anti-liberalen Parolen um sich werfen, welche die politisch interessierte Bevölkerung aufhorchen liessen. Was vor Jahresfrist noch für undenkbar galt, ist Wirklichkeit geworden: In den USA wurde mit Donald Trump eine gelinde gesagt schillernde und unberechenbare Person zum Präsidenten gewählt, während in Frankreich ein Achtungserfolg oder ein Sieg von Marine Le Pen bei den Präsidentenwahlen in diesem Frühling nicht mehr auszuschliessen ist, ebenso wenig wie ein grosser Stimmenzuwachs für die Rechtsextremen bei den Bundestagswahlen in Deutschland vom kommenden Herbst.

In Österreich scheiterte der rechtsnationale Norbert Hofer knapp bei seinem Versuch, Bundespräsident zu werden, während in Italien die Folgen des Scheiterns von Matteo Renzis Reformplänen noch unklar sind: Auch hier zerfallen die traditionellen Parteien: Unklar sind die Chancen von Beppe Grillos Fünf-Sterne-Bewegung, die kaum für etwas Konstruktives steht. Weiter wurden in mehreren Ländern Osteuropas autoritäre und nationalistische Parteien oder Präsidenten gewählt, welche mit den europäischen Werten und der EU sehr wenig am Hut haben und die ihre offen feindselige Haltung gegenüber Europa zur Grundlage ihres Wahlerfolges gemacht haben – wie die Korruptlinge in Rumänien oder der Nationalist Orbán in Ungarn. Der Vormarsch von Geert Wilders in Holland ist in der Zwischenzeit ins Stocken geraten, wohl wegen den speziellen Umständen bei den Parlamentswahlen (die harte Haltung des amtierenden Regierungschefs im Streit mit der Türkei hat ihre Wirkung nicht verfehlt), aber auch wegen des erstarkten Widerstandes in der Gesellschaft.

«Alternative Wahrheiten», «fake news» etc.

Diese Verschiebungen in der politischen Landschaft gehen einher mit einer schriller werdenden politischen Rhetorik, mit einem spürbaren Zerfall der politischen Kultur und einem kaum mehr zu durchschauenden oder nachvollziehbaren Meinungsbildungsprozess in der Bevölkerung. Gleichzeitig dazu ist der Niedergang der Qualitätsmedien zu beobachten, die immer weniger Konsumenten finden, dies zugunsten von unzähligen Online-Informationskanälen von unterschiedlichster journalistischer Qualität und intransparenter Herkunft.

Die Gefahr, dass die Meinungsbildung durch fremde Mächte oder durch kommerziell oder kriminell getriebene Unternehmen und Organisationen manipuliert wird, ist nicht mehr nur Fiktion, sondern schon Teil des Alltages. Der technologische «Fortschritt» in Kombination mit Big Data öffnet hier der Manipulation Tür und Tor. Wie schon lange nicht mehr wird heute darüber gestritten, was eigentlich Wahrheit und was Fiktion oder Halbfiktion ist. Man spricht vom «post-faktischen Zeitalter», von «alternativen Wahrheiten» und von der «gefühlten Wahrheit» sowie von «fake news», was noch mehr zur Verwirrung beiträgt.

Gravierende Sicherheitspolitische Lage

Diese eben geschilderte Stimmungslage wird überlagert, mitbeeinflusst und somit auch verstärkt durch eine sicherheitspolitische Situation, die immer unüberschaubarer und gefährlicher wird: Die Kriege und Konflikte an Europas Aussengrenzen haben sich nicht entschärft, sondern nehmen an Intensität zu. Der nicht abreisende Strom von Emigranten aus dem Nahen Osten, aber auch aus afrikanischen und asiatischen Krisenländern verunsichert und zermürbt die Europäer, während die Angst vor Terroranschlägen konstant gross ist.

Und gerade in dieser Zeit der grossen Unsicherheiten wanken zwei tragende Säulen des westlichen Bündnis- und Wirtschaftssystems: Nicht nur die EU steht in einer gewaltigen Zerreissprobe, die zu ihrem Auseinanderfallen führen könnte. Auch die Nato steht vor grossen Herausforderungen und Unsicherheiten: Das seit Jahrzehnten festgefügte und bewährte Bündnis-system bröckelt wegen Donald Trump, der mit seinen widersprüchlichen Aussagen zum aussen- und geopolitischen Engagement der USA für Irritationen sorgte. Namentlich sein nach wie vor ungeklärtes Verhältnis zu Russland hat viele aufgeschreckt, nicht nur in den USA selber. Und: Je länger das Durcheinander in Washington anhält, desto grösser wird die Unsicherheit punkto weltweiter Sicherheitspolitik. Ein weiteres Bollwerk der Nato, die Türkei, schwankt unter der verheerenden Politik ihres Neo-Diktators Erdogan und droht wegzubrechen.

Die Demokratie in der Defensive...

Auch wenn in jedem Land die Verhältnisse anders und die Herausforderungen vielschichtig sind, so sind die Verlierer die gleichen: Es sind dies die Demokratie und letztlich die offene freiheitliche Gesellschaft. Die Demokratie, in den meisten Staaten eine parlamentarisch-repräsentative, ist vielerorts arg in die Defensive geraten. Die traditionellen Parteien, bis anhin die Basis dieser Demokratien, drohen den Rückhalt im Volk und damit ihre Stärke in den Parlamenten zu verlieren. Die Profiteure dieser Erosion sind die populistischen, nationalistischen und autoritären Parteien, die am liebsten das parlamentarische System abschaffen und durch ein autoritäres Präsidialsystem ablösen wollen, in welchem das Volk von Zeit zu Zeit mit willkürlich angesetzten Referenden befragt wird.

Diese Art von Volksbefragungen hat nichts mit der direkten Demokratie zu tun, wie wir sie in der Schweiz leben, denn bei uns ist in Verfassung und Gesetzen ganz klar umschrieben, wann und unter welchen Voraussetzungen es zu einer Volksabstimmung kommt. In populistischen Systemen ist es vom reinen Willen der Machthaber abhängig, wann das Volk an die Urnen gerufen wird. Verliererin ist, wie erwähnt, die offene Gesellschaft, denn sie lebt von und mit allen Werten, welche zu einer funktionierenden Demokratie gehören: Offenheit, Vielfalt, Respekt, Meinungsfreiheit, Dialogbereitschaft und Kompromissfähigkeit.

Hier muss aber die Bemerkung nachgeschoben werden, dass die Populisten nicht aufsteigen können, weil sie so stark sind, sondern weil alle anderen so schwach daherkommen und die Bodenhaftung verloren haben. Eine weitere Frage, der man in diesem Zusammenhang nachgehen müsste, wäre die, wie sich die Tatsache, dass immer mehr Menschen vom öffentlichen Sektor leben, auf die Befindlichkeit der gesamten Bevölkerung auswirkt: Als Verlierer können sich beispielsweise all jene fühlen, die nicht vom öffentlichen Sektor profitieren und in prekären Verhältnissen leben, sowie jene, welche durch ihre Wirtschaftsleistung einen grossen Teil von Staat und öffentlichem Sektor finanzieren. Vielleicht könnte ein solcher Ansatz das Paradox der Trump-Wahl erklären (siehe Kapitel «Neue Fronten» auf der nächsten Seite).

... und die Elite steht am Pranger

Zum Repertoire der Populisten – von Trump über die Schweizer SVP bis hin zu den dubiosen Führungsfiguren auf dem Balkan – gehört das Elite-Bashing, die offen deklarierte Verachtung der Eliten, die Betonung des fiktiven Grabens zwischen «dem Volk hier unten» und «den Eliten dort oben». Welche Begriffe man auch verwendet – ob Elite oder classe politique – gemeint sind immer dieselben, nämlich all jene, die nicht der Meinung der Populisten und ihrer Anführer sind. Dass die Führer der meisten populistischen Bewegungen letztlich auch ein Teil der politischen und oft noch mehr der wirtschaftlichen Elite sind, scheint niemand unter ihren Anhängern zu kümmern.

Allerdings soll hier nicht verschwiegen werden, dass dieses Elite-Bashing nicht ganz von ungefähr kommt, sondern einen realen Hintergrund hat. Erwähnt worden ist bereits der Mangel an Bodenhaftung vieler Angehörigen der politischen und wirtschaftlichen, aber auch der intellektuellen Elite. Es ist leider eine Tatsa-

che, dass in breiten Teilen der Bevölkerung, vor allem bei denen, die sich zu den Verlierern der Moderne und Globalisierung zählen, oder die meinen, zu kurz gekommen zu sein, das Gefühl vorherrscht, von den Eliten nicht nur nicht ernst genommen, ja geradezu verachtet zu werden.

Zu einem beliebten, wenn auch wirklich nicht begründbaren Ziel des Elite-Bashings sind auch die Geisteswissenschaften und deren Exponenten geworden. Es gibt Parteien, zu denen leider auch Kreise aus der Wirtschaft gehören, die gerne die Geisteswissenschaften aus den Lehrplänen der Universitäten streichen oder mit hohen Studiengebühren belegen wollen – mit der Begründung, diese kosteten nur und leisteten nichts für das Wirtschaftswachstum(!) Auf die Gefährlichkeit einer solchen Haltung soll hier nicht eingegangen werden. Wir werden uns aber auf Lilienberg damit beschäftigen.

Der Liberalismus verliert...

Zu den grossen Verlierern dieses politischen Wandels gehören – wie übrigens in der krisengeschüttelten Zwischenkriegszeit zwischen 1918 und 1939 auch – die liberalen Parteien und Bewegungen, die oft die Brückenfunktion wahrnehmen konnten und die Fähigkeit besaßen, nicht zu polarisieren, sondern integrierend zu wirken. Zum einen haben die Liberalen im Laufe der vergangenen Jahrzehnte deutlich an Profil verloren, unter anderem deshalb, weil sich immer mehr politische Gruppierungen das Adjektiv «liberal» hinzufügten und diesen Begriff verwässerten: Es gibt bekanntlich unter vielen anderen linksliberale, liberalkonservative, grünliberale Gruppen, während im gesellschaftlichen Diskurs sich fast jedermann beeilt, seine «liberale» Haltung kundzutun, zum Beispiel in Fragen der Religion, von moralischen Prinzipien und Ansichten. Weiter – und dies ist wohl das grösste



Kaffeepause im Lichthof der Universität Zürich: Geht es nach den Vorstellungen gewisser Parteien und Gruppierungen, sollte die Zahl der Geistes- und Sozialwissenschaftler stark reduziert werden.

Problem – werden die liberalen Parteien und Politiker als Ganzes immer noch mit einem harten Wirtschaftskurs, mit dem Abbau von Sozialleistungen und des Service public in Verbindung gebracht, ja mit der Globalisierung und mit erfolgreichen Wirtschaftsführern, welche von der Globalisierung profitieren, aber kein Gehör für die Nöte des kleinen Mannes haben. Inwieweit das stimmt, sei hier dahingestellt.

... der Konservatismus aber auch

Vom Niedergang der Liberalen können aber ihre traditionellen Gegenspieler, die Konservativen (gemeint sind hier vor allem die Wertkonservativen) nicht profitieren, auch diese gehören zu den grossen Verlierern, was von der breiten Öffentlichkeit aber nicht so wahrgenommen wird. Die Politik der Populisten, beispielsweise von Trump, wird oft mit konservativem Gedankengut in Verbindung gebracht. Natürlich setzen die Populisten von Fall zu Fall auf konservative Werte und Anschauungen, doch ihre Politik foudiert sich in vielem, was das Wesen eines wertkonservativen Bürgertums ausmacht: Anstand, Respekt, Rechtsschaffenheit, Werteorientierung, Zurückhaltung vor Neuem, Respekt vor Religion etc.

Viele Populisten verkörpern gerade das Gegenteil, sie sind höchstens reaktionär, was nicht mit konservativ gleichzusetzen ist. Kurz: Die Populisten sind beliebig, was ihre Wertorientierung betrifft (siehe auch Erklärung im Beiblatt).

Auch hier sei wieder auf die USA verwiesen: Trump machte sich zum Fürsprecher der armen, von der Globalisierung abgehängten Bevölkerung, umgibt sich aber mit Multimilliardären und Menschen aus der Finanzbranche, denen seine Wähler nicht am Herzen liegen – sondern im Gegenteil, deren Verhalten in der Vergangenheit dafür mitverantwortlich war, dass dieser white trash («weisser Abfall» = Bezeichnung für die verarmte Schicht Weisser in den USA) überhaupt entstanden ist. Es wird sich noch weisen, wie sich Trumps Politik auf seine Wählerschicht auswirken wird, diese könnte ein bitterböses Erwachen erleben. Vielleicht müssen wir dieses Phänomen als Anlass dafür nehmen, uns wieder einmal grundsätzliche Gedanken über die Demokratie zu machen: Ist Demokratie nicht doch nur eine Staatsform für Privilegierte und Gebildete, wie man das bereits in der Antike immer wieder moniert hatte? Auch das wird ein Lilienberg-Thema sein.

Die grossen Frustrationen als Hauptursache

In den Lilienberg Gedanken Nummer 17 vom Mai 2016 haben wir die drei wichtigsten Zukunftsängste beschrieben, welche sehr viele Menschen beschäftigen. Nicht nur in der Schweiz, sondern in allen Industrieländern, also im ganzen Westen. Diese Ängste – oder vielleicht müsste man vielmehr von Frustrationen sprechen – haben sich in der Zwischenzeit nicht etwa verflüchtigt, sondern sind deutlich grösser geworden. Und die Populisten bewirtschaften eben



Die Angst vor dem sozialen und wirtschaftlichen Abstieg ist real. Die Populisten «bewirtschaften» diese Frustrationen und haben damit Erfolg.

Neue Fronten

Was die Lage noch unübersichtlicher macht, ist die Beobachtung, dass die Gräben in der Gesellschaft nicht mehr entlang der alten sozialen Bruchlinien, sondern entlang von Grenzen verlaufen, die mehr mit der Herkunft und Assoziation der Menschen zu tun haben, als mit ihren sozial-materiellen Bedürfnissen. Dies erklärt das auf den ersten Blick irritierende Phänomen, dass es vor allem sozial Unterprivilegierte oder die Verlierer der Moderne sind, welche Parteien und Systeme wählen, die in Kreisen zu Hause sind, die meilenweit von den Letzteren entfernt sind.

diese Frustrationen und haben Erfolg, da die traditionellen Parteien diese kaum wirklich zur Kenntnis nehmen:

- Der drohende **wirtschaftliche und soziale Abstieg**: Diese Angst ist real, sie befällt eigentlich jeden, der an der Spitze steht, denn von dort oben kann man nur abrutschen oder abstürzen, wenn man sich nicht gehörig anstrengt, das Gleichgewicht zu wahren oder geordnet und diszipliniert herunterzusteigen: Diese Angst ist auch deswegen real, weil uns verschiedene andere Wirtschaftsstandorte diesen Platz an der Spitze streitig machen. Und Frustration macht sich in weiten



Populistische Strömungen haben – wo auch immer in Europa – eine Gemeinsamkeit: Die Ablehnung der EU.

Kreisen der Bevölkerung – über kurz oder lang auch in der Schweiz – breit, weil immer mehr Menschen realisieren, dass ihre Löhne stagnieren und dass auch eine gute Bildung oder Ausbildung kein Garant mehr für einen sozialen Aufstieg ist. All dies verschärft sich durch den rasanten Fortschritt in der Digitalisierung der Industrie und bei den Dienstleistungen.

- Die **zunehmende Fremdbestimmung** in politischer und gesellschaftlicher Hinsicht: Die Globalisierung der Wirtschaft und die Internationalisierung des Rechts (immer mehr Bestimmungen werden von aussen aufgezwungen) schränken unseren politischen Handlungsspielraum ein, während die Zuwanderung – sowohl die geordnete als auch die durch die Flüchtlingsströme verursachte – unser Gefühl «in der Schweiz daheim zu sein» schwächt. Namentlich die vielen Menschen, welche in kürzester Zeit aus fremden Kulturen zu uns strömen, bereiten uns grosses Unbehagen und schüren die Angst vor einer ungunsten Veränderung unserer Gesellschaft und Kultur.

- Diese beiden grossen Ängste werden ganz massiv verstärkt durch den seit längerem latent vorhandenen Eindruck und vielleicht auch Angst, dass die Politik **nicht – oder nicht mehr** – in der Lage ist, diese Entwicklungen als Bedrohung für viele Menschen zu verstehen und diesen etwas wirklich Substantielles entgegenzusetzen, sei es durch schiere Unfähigkeit, sich mit langfristigen und grossen Entwicklungen zu befassen oder sei es durch die Hektik der tagespolitischen Agenda und kurzfristiger Partikularinteressen, welche den Grossteil der politischen Energie und Ressourcen absorbiert. Auch scheinen die Rezepte der traditionellen Parteien immer die gleichen zu sein: «Einfach mehr von der gleichen Medizin».

Die EU in der selbstverschuldeten Krise

Zu den Gemeinsamkeiten populistischer Strömungen – wo auch immer in Europa – zählt die Ablehnung der EU als Ganzes. Dahinter stecken mehrere Gründe. Das transnationale Gebilde der Europäischen Union steht gegen den Anspruch von Populisten, «das Volk» eines Staates zu vertreten. Weiter steht die EU für sehr viele der westlichen Werte, die man ablehnt, weil gerade diese verhindern, dass sie – die Populisten an die Macht kommen können. Die EU wiederum hat sich mit ihrer nur schwach demokratisch legitimierten Bürokratie (oft bestehend aus «wegbeförderten» Funktionären) und vor allem mit ihrer harten Politik gegen die Schuldenstaaten viele Feinde gemacht. Die Koppelung des Schicksals von Europa an den Euro und das Beharren auf eine absolute Personenfreizügigkeit haben der Gemeinschaft sehr viele Gegner beschert, wo auch immer in Europa. Die Schweiz hat die Gegnerschaft quasi vorgezogen, indem sie schon gar nicht mehr daran denkt, der EU beizutreten.

Ein Ziel der EU war es, Länder und Völker Europas über eine eng zusammenarbeitende Wirtschaft näher zu bringen (nach den Verheerungen des 2. Weltkrieges und der Zeit davor), das Gemeinsame dieses fantastischen Kulturraumes zu betonen (und die Vielfalt nicht als trennend, sondern als bereichernd zu empfinden). Stattdessen haben sich die Gräben innerhalb der EU vertieft, die Staaten Europas driften auseinander. Schuld daran ist – wie erwähnt – zu einem grossen Teil der Euro, der unter einem schlechten Stern steht, da sich kaum jemand an die im Vertrag von Maastricht im 1991 festgehaltenen Konvergenzkriterien hält. Die Einführung dieser Einheitswährung ohne dass die Grundlagen dafür reif waren, war ein Jahrhundert-Fehler, der Europa auseinanderreibt.



Die populistischen Kräfte haben nicht zuletzt wegen des rasanten Aufschwungs der neuen Medien Zulauf. Auch Donald Trump liebt es, via Twitter auszuteilen. Konzerne, Politiker, Promis, Privatpersonen: Niemand ist sicher vor den digitalen Tiraden des US-Präsidenten.

Die unwürdige Behandlung Griechenlands und seiner Menschen durch gewisse Euro-Staaten hat die Schmerzgrenze längst überschritten und wirkt für viele andere Euro-Staaten abschreckend, was die Populisten wieder genüsslich auskosten.

Ungesunde Entwicklung der Informationslandschaft

Die populistischen, antiliberalen und antidemokratischen Kräfte haben nicht nur wegen der weitverbreiteten Frustrationen und des Gefühls des Nicht-ernstgenommen-werdens Zulauf, sondern auch deswegen, weil das bisherige Mediensystem am Zusammenbrechen ist. Vor allem aber wegen des rasanten Aufschwungs der neuen Medien und neuer Geschäftsmodelle. Die überlebenden Traditionsmedien – ob Tageszeitung oder Fernsehen – kommen zudem unter Beschuss der Populisten. Sie werden als Lügenpresse gescholten und gebrandmarkt. Diese Beurteilung wird von vielen Menschen akzeptiert, ja sogar geteilt, weil viele eine grosse Diskrepanz zwischen dem, was sie in ihrem Alltag erleben und dem, worüber die Medien schreiben spüren, so dass viele Menschen das Vertrauen in sie verlieren. An Stelle dieser Medien treten dann andere Informations- und Austauschquellen und Möglichkeiten, die völlig unkontrollierbar, aber durchaus manipulierbar im Netz herumschweben.

Was ist zu tun?

Ist das heutige System verteidigungswürdig?

Befasst man sich mit all diesen Entwicklungen und Herausforderungen, so muss man sich zunächst mit der Frage auseinandersetzen, ob das heutige System überhaupt verteidigungswürdig ist oder nicht.

Um es vorweg zu nehmen: Das Lilienberg Unternehmerforum erachtet unser heutiges System als Ganzes als durchaus verteidigungswürdig, auch wenn – gerade für seine erfolgreiche Verteidigung – gewisse Korrekturen notwendig sind. Diese betreffen vor allem das Verhältnis zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Die hier innewohnenden Spannungsverhältnisse müssen dauernd beobachtet und diskutiert werden. Das gegenseitige Gespräch und Verständnis muss immer wieder gesucht und gepflegt werden.

Wir sind überzeugt, dass eine offen-demokratische auf Vielfalt und Respekt aufgebaute Gesellschaft mit unseren Elementen der direkten Demokratie am besten in der Lage ist, auch mit den Erfordernissen der Zukunft umzugehen. Unser politisch-wirtschaftliches System als Ganzes hat aber nur eine Zukunft, wenn es ihm gelingt, möglichst vielen Menschen eine wirtschaftliche, soziale und persönliche Perspektive zu bieten. So muss unsere Wirtschaftsordnung so konfiguriert sein, dass die Gesellschaft in die Dynamik der technologischen Entwicklung einbezogen wird. Diese hinterlässt nur wenige Verlierer und ist der beste Garant für Wohlstand und Wohlfahrt sowie für einen politischen Frieden. Darum lohnt es sich, für unsere bisherige Werthaltung zu kämpfen und den Machtanspruch der Populisten abzuwehren.

Doch, was ist zu tun? Was müssen wir unternehmen?

• Ernstnehmen der Ängste und Gefühle

Besonders wichtig ist es, die Wahrnehmungen, Gefühle und Ängste in der Bevölkerung ernst zu nehmen und besonnen darauf zu reagieren. Es reicht nicht, der Bevölkerung vorzuwerfen, ihre Ängste basierten auf Gefühlen und auf Unwissen oder falschen Zahlen, da die gemessene Realität sehr anders aussehe.

Gerade die rechthaberische Negierung von Gefühlen und Wahrnehmungen befördern das Gerede von der gefühlten Wahrheit und von der Lügenpresse. Gefühle und Ängste aufnehmen und sie mit den Betroffenen diskutieren, dann die Unterschiede zwischen Vorstellungen und Wirklichkeit auszuleuchten, nimmt den Menschen die Ohnmacht und vermindert das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden. Auf diese Weise nimmt man den Populisten den Wind aus den Segeln.

- **Selbständig denken**

Gemeint ist hier, dass man sich dem Mainstream nicht zu beugen und seine eigene Urteilsfähigkeit nicht aufzugeben, auch wenn alle der gleichen (anderen) Meinung sind. Voraussetzung dafür ist ein gesundes, kritisches und selbstkritisches Denken.

- **Kampf um Wahrheit und Wahrhaftigkeit**

Immer auf Feststellung der Wahrheit beharren. Kann man sich nicht auf einen Konsens einigen, was wahr und nicht wahr ist, macht die Diskussion keinen Sinn. Es ist nicht falsch, auch einmal eine Diskussion zu verweigern, wenn die Basis für das Gespräch zu schmal oder nicht vorhanden ist. Gefährlich ist auch das Phänomen des Relativierens, wie zum Beispiel: «Auch früher nahm man es mit der Wahrheit nicht so genau» oder «den Politikern ging es schon immer nur um die Macht». Auch wenn das so gesehen stimmen mag, so gibt es heute doch Erscheinungen, die wirklich anders oder gravierender sind als früher. Diese müssen scharf analysiert und beim Namen benannt werden. Der ewig Relativierende kommt nicht weiter.

- **Verständlichkeit und Glaubwürdigkeit**

Streben nach Verständlichkeit und Glaubwürdigkeit. Nur wer verstanden wird, kann glaubwürdig sein. Das gilt vor allem für die Politik und die Wirtschaft, die oft unverständlich kommunizieren und damit ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen.

- **Gründliche und frühzeitige Information sowie ganzheitliches und vernetztes Denken**

Sich gut und frühzeitig Informieren sowie Denken in Zusammenhängen, ist ein Gebot der Stunde. Nur wer gut informiert ist und versteht, welche Zusammenhänge spielen und welche Auswirkungen Entscheidungen haben können, vermeidet unnötige Konflikte und kommt zu nachhaltigen Lösungen.

- **Mehr Vielfalt und nicht weniger**

Vielfalt und Diversität sind Kennzeichen einer freien Gesellschaft, an der alle partizipieren können. Vielfalt fördert die Kreativität, bereichert das Leben und verhindert die Dominanz einzelner Akteure oder politischer Gruppierungen. Vielfalt und Diversität fördern die Kreativität einer Gesellschaft.



«Alternativlos» schaffte es in Deutschland bereits einmal, zum Unwort des Jahres gewählt zu werden, weil es den politischen Diskurs erstickt.

- **Alternativen sind die beste Verteidigung**

Nichts ist schädlicher in der Politik als die sich in westlichen Demokratien häufenden Behauptungen, dieses oder jenes Vorgehen sei alternativlos. Diesen Begriff mehrmals auf die Spitze getrieben hat die Regierung Merkel in Deutschland, zum Beispiel in ihrer Aussage, ihre Flüchtlingspolitik sei alternativlos, wie auch ihre eigene Regierung. Wir kennen diese Art der Anmassung auch in der Schweizer Politik: Auch hierzulande wird bei Abstimmungen so getan, als wäre die eine oder andere Vorlage alternativlos, auch wenn dieser Begriff bei uns noch kaum Einzug in das politische Vokabular gefunden hat. Das Gerede von der Alternativlosigkeit ist Gift für jede Vielfalt an Meinungen und damit für jede Demokratie, ja es hilft den Populisten bei der Verbreitung ihres Weltbildes von der politischen Elite, die sich nicht um die Belange des Volkes kümmert.

Und was tut der Lilienberg?

Das Lilienberg Unternehmerforum befasst sich mit dem ganzheitlichen Unternehmertum sowie mit dem Spannungsfeld zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Lilienberg fördert deshalb den Dialog zwischen den Exponenten dieser drei Bereiche. Wir wollen alle Verantwortungsträger dazu bewegen, sich den Herausforderungen der Zeit zu stellen und etwas zur Verbesserung oder Veränderung zu unternehmen, also aktiv zu werden und nicht nur zu lamentieren. Weiter fördern wir ein möglichst ganzheitliches Denken auf allen Ebenen.

Konkret befassen wir uns mit den folgenden Themenbereichen:

- **Die Erfolgsfaktoren der Schweizer Wirtschaft**

Mit Beispielen von Unternehmern aus der gelebten Praxis wollen wir immer wieder herausfinden, was gelebtes Unternehmertum ist und welche Faktoren unsere Wirtschaft nach wie vor stark machen. Wir wollen ausserdem herausfinden, welche dieser Erfolgsfaktoren auch in eine völlig neue Zukunft gerettet werden können und welche neue formuliert werden müssen.



Die Digitalisierung ist eine der grössten Herausforderungen der nächsten Zukunft. Sie bietet der Wirtschaft sehr grosse Chancen an, birgt aber ebenfalls grosse Gefahren.

- **Zukunft Schweiz denken (Ja zur Schweiz)**

Wie stellen wir uns eine Schweiz in zwanzig bis dreissig Jahren vor? Wie antworten wir auf die kommenden Herausforderungen? Wie sollen sich die Demokratie, der Staat und seine Strukturen entwickeln? Braucht es überhaupt noch eine Schweiz? Welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, damit die ständig wachsende Bevölkerung integriert wird und die Menschen gut zusammenleben können? Wie können letztlich der Wirtschaftsstandort Schweiz, aber auch der Wohlstand und seine Wohlfahrt erhalten werden?

- Die Auswirkungen der Digitalisierung

Die Digitalisierung ist eine der grössten Herausforderungen der nächsten Zukunft. Sie bietet der Wirtschaft sehr grosse Chancen an, birgt aber ebenfalls grosse

Gefahren und hat zweifellos gewaltige Auswirkungen auch auf Unternehmenskultur, auf Staat und Gesellschaft, auf das Verständnis von Arbeit, die Bildung, die Datensicherheit, etc. Wir werden uns damit in den nächsten Jahren in den verschiedensten Aktionsfeldern auseinandersetzen.

- **Die neuen Medien**

Wir ergründen das Wesen und die Auswirkungen der neuen Medien auf Gesellschaft, Politik und Wirtschaft und ziehen die Lehren daraus.

- **Sicherheitspolitik**

Wir befassen uns sehr intensiv mit der globalen sicherheitspolitischen Lage und leiten die für die Schweiz notwendigen Schritte ab. Sicherheit ist ein wichtiger Standortfaktor unseres Landes.

Unterstützen Sie Lilienberg – Werden Sie Lilienberg Mitglied!

Als Lilienberg Mitglied profitieren Sie von zahlreichen Vorteilen. Sie können sich zwischen drei Mitgliedschaften entscheiden:

- Freund (Jahresbeitrag CHF 500.-)
- Förderer (Jahresbeitrag CHF 2000.-)
- Firmen-Fördermitgliedschaft (Jahresbeitrag CHF 5000.-)

Detaillierte Informationen zu den Mitgliedschaften und den entsprechenden Leistungspaketen finden Sie auf unserer Internetseite **www.lilienberg.ch**

Gerne gibt Ihnen Frau Rositha Noebel unter Telefon **+41 71 663 26 53** auch persönlich Auskunft.

Herausgeberin

Lilienberg Unternehmerforum
Blauortstrasse 10
CH-8272 Ermatingen
Telefon +41 71 663 23 23
info@lilienberg.ch
www.lilienberg.ch

Text und Redaktion

Christoph Vollenweider,
Leiter Lilienberg Unternehmertum
unter Mitwirkung von Dr. Andreas Jäggi,
Beauftragter Aktionsfeld Medien & Kommunikation

Lektorat/Layout/Bildauswahl

Stefan Bachofen, Lilienberg Unternehmerforum